

VORAN!

zur sozialistischen Demokratie

Jahrg. II Nr 7

ÜBERREGIONALE MARXISTISCHE ZEITUNG FÜR SPD, JUSOS UND GEWERKSCHAFT

50 Pf

KEIN ZURÜCK! Reformprogramm verwirklichen!

SPD muß Großkonzerne jetzt verstaatlichen

Wir schaffen das moderne Deutschland. Wir machen unsere Demokratie sozialer.

Wer morgen sicher leben will, muß heute um Reformen kämpfen.

Es geht um unsere Zukunft. Es geht um die Zukunft unserer Kinder.

Mit diesen und ähnlichen Parolen hat es die SPD 1969 und 1972 verstanden, die breiten Schichten von Arbeitern und Jugendlichen vor allem in den Industriezentren für sich zu begeistern. Sie wurde zur stärksten Partei. Tausende und Abertausende engagierten sich damals für die Partei, von der sie sich ein besseres Leben durch umfangreiche innere Reformen versprochen.

"Über Jahre hinaus wird es keine Reformen mehr geben können." (Bundesfinanzminister Hans Apel laut Spiegel Nr. 47/1974 vom 18. November)

Dieser Satz des Genossen Apel drückt knallhart das Ende einer kurzlebigen Illusion aus: daß die SPD gleichzeitig Politik für die breiten Bevölkerungsschichten und die winzige Klasse der Kapitalisten machen könne. Zwei Jahre nach dem Höhepunkt der Begeisterungs- und Sympathiewelle für die SPD sieht die Wirklichkeit für die enttäuschten Gewerkschaftler, Jugendlichen und Parteimitglieder ganz anders aus:

- Eine höhere Arbeitslosenzahl als 1966/67, die in Wirklichkeit durch Kurzarbeiter, Umzuschulende und wieder abgereiste Gastarbeiter sowie ganz in den Haushalt zurückgekehrte Hausfrauen noch viel größer ist.

- Hunderttausende Jugendlicher finden keine Lehrstelle.

- Für Millionen von Arbeiterfamilien steht das Weihnachtsfest ebenso wie der Rutsch ins neue Jahr im Zeichen von sozialer Unsicherheit, erhöhter Arbeitshetze und einem angegriffenen Lebensstandard.

1969 und 1972 hat die SPD den Arbeitern ein besseres Leben versprochen. Sie konnte - selbst beim besten Willen - dieses Versprechen im Rahmen einer kapitalistischen Wirtschaftsordnung gar nicht einhalten. Erste politische Folge: Wahlniederlagen bei allen 4 Landtagswahlen des Jahres 1974 in Hamburg, Niedersachsen, Hessen und Bayern. Besonders in den Arbeitervierteln der Großstädte blieben viele Wähler zu Hause. Dies ist kein Zufall.

Die Rezession 1974/75 verläuft - wenn auch stärker und noch klarer im internationalen Rahmen - ähnlich wie die von 1966/67. Rufen wir uns noch einmal kurz ins Gedächtnis zurück, was die politischen Auswirkungen der damaligen Krise waren:

Die CDU führte damals die Regierung an. Ihr Kanzler Erhard wurde mit seinen Maßhalteappellen auf Wahlveranstaltungen im Ruhrgebiet von Arbeitern ausgepöfeln. Die CDU hatte eine Serie von Einbußen bei Landtagswahlen zu verzeichnen - in Hessen kam sie auf ganze 26 Prozent, in Bayern die CSU auf 48 Prozent! Die organisierte Arbeiterschaft vereinigte sich in einer breiten Bewegung hin zur SPD. Die SPD erreichte dadurch in Hessen die absolute Mehrheit und konnte in Nordrhein-Westfalen die CDU weit absetzen. Für die Führung unserer Partei bot sich damals die große Chance, diese erste große Krise seit langen Jahren als die des Kapitalismus darzustellen und mit einem sozialistischen Programm eine klare Alternative zur CDU-Politik anzubieten.

Die damalige Krise verlief - international gesehen - noch in bescheidenen Ausmaßen.

Die heutige internationale Krise ist jedoch - wie die bürgerlichen Publizisten fast einhellig feststellen, der Anfang einer Entwicklung, die auf die größte Katastrophe zusteuert, die die Menschheit je erlebt hat.

Selbst die BRD, eines der stabilsten Glieder in der Kette des internationalen Kapitalismus, bleibt von bisher für unmöglich gehaltenen Auswirkungen auf die politische Ebene nicht verschont.

DGB-JUGEND: REFORMEN JETZT DURCHSETZEN

Die aktivsten Junggewerkschaftler trafen sich Mitte November in Ludwigshafen zur 9. Bundesjugendkonferenz des DGB. In ihren Reden und Resolutionen brachten die frischen Elemente der deutschen Gewerkschaftsbewegung dabei die Stimmung ihrer Kollegen in den Betrieben und Behörden zum Ausdruck.

Fortsetzung Seite 2



Wahlen '75 SPD GEWARNT...

REFORMPOLITIK OHNE REFORMEN FÜHRT ZU WAHLNIEDERLAGEN - KLARE WARNUNG AN SPD-FÜHRUNG - KURS JETZT ÄNDERN!

1975 werden die Landtage in Berlin, Bremen, Nordrhein-Westfalen, Schleswig-Holstein, Saarland und Rheinland-Pfalz gewählt. Wenn der gegenwärtige Wähler-Trend anhält, so bedeutet das:

- Ausbau der absoluten CDU-Mehrheit in Schleswig-Holstein, Rheinland-Pfalz und Saarland.
- Verlust der absoluten SPD-Mehrheit in Berlin und Bremen.
- CDU-Landesregierung in Nordrhein-Westfalen.

Aus diesem Grund halten wir es für wichtig, noch einmal die Wahlergebnisse von Hessen und Bayern zu untersuchen. Siehe Rückseite

Inhalt:

Die Wahlen in Griechenland.....	Seite 3
Schmidts 'Neuer Kurs' - ein alter Hut.....	Seite 4,5
Aktionsprogramm gegen die Krise.....	Seite 4,5
Studenten für den Sozialismus.....	Seite 6,7
Bauer-Meinhof und die Arbeiterklasse.....	Seite 7
Landtagswahlen Hessen/Bayern.....	Seite 8
Impressum.....	Seite 8

Während Helmut Schmid und Hans Apel frühere Reformprojekte Brandts, die nicht einmal überdurchschnittlich ehrgeizig waren, fallen ließen und zum Maßhalten aufriefen, sah sich die Anhängerschaft der SPD von 1972 gezwungen, nach den Ursachen der Krise zu fragen. Obwohl die Welle der spontanen Arbeitsniederlegungen vom Sommer und Frühherbst 1973 sich nicht wiederholte, haben aktive Kollektoren vor allem Angesichts der wachsenden Arbeitslosigkeit und des Ausbleibens versprochener Reformen sich dazu genötigt gesehen, zumindest auf betrieblicher und lokaler Ebene zu handeln:

- o In zahlreichen Orten - auch und gerade in provinziellen Kleinstädten außerhalb der großen Industriezentren - demonstrierten Tausende in der Öffentlichkeit gegen Arbeitsplatzverlust durch Betriebspleiten und Wegrationalisierung.
- o In Kiel protestierten 2500 junge Gewerkschaftler gegen die katastrophale Berufsausbildung in der BRD.
- o Die IG-Metall-Jugend startete eine breite Kampagne für die sofortige Reform der beruflichen Bildung.
- o Auf lokaler Ebene - wie etwa in Köln - wurde zur Gründung von Arbeitslosen-Komitees aufgerufen.

Die Erfahrung mit der sozialliberalen Koalition hat vor allem in jüngster Zeit zu deutlich gezeigt, daß eine Arbeiterpartei nie in Zusammenarbeit mit einer bürgerlichen Partei die Forderungen der organisierten Arbeiterschaft durchsetzen kann. Dies gilt auch für die Mitarbeit der Gewerkschaften in der konzertierten Aktion, die Karl Schiller (heute CDU) ins Leben gerufen hatte. Die DGB-Jugend gab eine klare Antwort:

„Die Bundesjugendkonferenz fordert den DGB und seine Einzelgewerkschaften auf, ihre Mitarbeit in der ‚Konzertierten Aktion‘ einzustellen.“

In einem weiteren Beschluß wurde nachdrücklich die Aufnahme der gewerkschaftlichen Vorstellungen zur beruflichen Bildung in das neue Berufsbildungsgesetz gefordert. Darin wird unterstrichen: „Nicht die Gesetze der Wirtschaft und des Arbeitsmarktes, sondern der Verfassungsanspruch auf Bildung... muß für die Gestaltung des neuen Gesetzes bestimmend sein.“ Die Finanzierung der beruflichen Bildung müsse künftig aus einem Zentralfonds getragen werden, in den die Unternehmer eine Ausbildungsabgabe zahlen.

Der bestimmende Einfluß der Unternehmerkammern auf die Ausbildung sei aufzuheben. Als Maßnahmen zur Reform der beruflichen Bildung werden unter anderem die „sofortige Bereitstellung von genügend qualifizierten Ausbildungsplätzen, damit jeder Schulabgänger einen Ausbildungsplatz zur Verfügung gestellt bekommt“, sowie eine „Ausbildungsverpflichtung“ gefordert. Außerdem müßten alle rechtlichen und gewerkschaftlichen Möglichkeiten genutzt werden, „um die Reduzierung von qualifizierten Ausbildungsplätzen zu verhindern und um besonders in Großbetrieben neue Ausbildungsplätze zu schaffen“.

Diese Beschlüsse zeigen uns, daß die Gewerkschaftler, durch deren Aktivitäten und Engagement die SPD 1972 die Wahlen gewonnen hatte, jetzt von ihrer Arbeitnehmerpartei eine Erfüllung der Reformversprechungen erwarten.

Die gegenwärtige Kontroverse zwischen Wirtschaftsminister Friderichs und dem Genossen Helmut Rohde (Chef der SPD-Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen) um die Berufsausbildung beweisen erneut, was wir bereits in Nr. 1 gesagt hatten:

Die SPD muß, wenn sie ihr Reformprogramm durchsetzen will, zuerst einmal die kämpfenden Arbeiter für ihr Programm mobilisieren und darf sich nicht dem Diktat der Unternehmerpartei FDP beugen. SCHMIDT SOLL AUF DIE ARBEITER HÖREN, NICHT AUF DIE FDP!

Der Genosse Karl Schwab, geschäftsführendes DGB-Vorstandsmitglied, hat bereits in früheren Reden Anfang 1974 in verschiedenen Orten Baden-Württembergs von der SPD-Führung einen Bruch mit der FDP verlangt, falls diese weitere Reformprojekte blockiere.

Auf dem DGB-Jugendkongreß sagte er: Karl Schwab wies die jüngsten Angriffe von Wirtschaftsminister Friderichs auf die Forderungen der Gewerkschaften nach einer Berufsreform zurück. Wir erwarten die Einleitung der in der Regierungserklärung von Bundeskanzler Brandt gemachten und von Helmut Schmidt erneuerten Zusagen auf Reformen.

Unter dem Vorwand „unpolitischer Unterhaltung“ bringt das Mädchenzeitschrift MELANIE reaktionäre Propaganda gegen kämpferische Schüler. (Nummer 42 1974)

Der Kollege Heinz Oskar Vetter hat in Ludwigshafen eindeutig zum Ausdruck gebracht, wer die Krise zu verantworten hat und wer die ungeheuren Folgen tragen muß:

„Aktionäre und Vorstandsmitglieder sitzen nicht auf der Straße und müssen nicht stempeln gehen. Aktionäre und Vorstandsmitglieder müssen nicht kurzarbeiten, laufen nicht Gefahr, mit den Ratenzahlungen oder mit der Miete in Verzug zu kommen.“ „Alle mal seien es die arbeitenden Menschen und ihre Familien, die dieses „unternehmerische Risiko“ tragen, unterstrich der DGB-Vorsitzende und erklärte: „So ist doch die gegenwärtige Rollenverteilung in unserer Marktwirtschaft. Und das Ganze wird dann noch ‚soziale‘ Marktwirtschaft genannt.“

Er hat desweiteren seine Perspektive für die nahe Zukunft dargelegt:

„... der Zeitpunkt scheint mir nicht mehr fern, an dem auch die Arbeiter und Angestellten einmal klarmachen, daß sie nicht weiter belastet und vertröstet werden wollen.“

Dieser Ansicht sind wir auch - obwohl er vermeidet, im Klartext zu sprechen.

INTERNATIONALER KAMPF DER ARBEITER .

Die Diskussionen in den Betrieben und SPD-Ortsvereinen ebenso wie die Resolutionen zu Gewerkschafts-, Partei- oder AfA-Konferenzen zeigen deutlich, daß mehr und mehr Kollegen politische Lösungen und Alternativen suchen.

Die Frage nach der Überwindung der wirtschaftlichen Macht und politischen Macht der Großkonzerne taucht dabei mehr und mehr auf. Es rückt auch zusehends in das Bewußtsein der Gewerkschaftler, daß eine politische Lösung nur auf internationaler Ebene, das heißt durch internationale solidarische Aktionen der Arbeiter über ihre Massenorganisationen zu erreichen ist. Einen ersten Schritt in diese Richtung haben die Metallergewerkschaften Europas bereits unternommen:

Wenn Dein Arbeitsplatz morgen von einem international organisierten Unternehmen gestrichen wird, wenn Dein Streik um mehr Geld oder um bessere Arbeitsbedingungen durch Produktionsverlagerungen ins Ausland unterlaufen werden soll, dann wird deutlich, daß internationale Zusammenarbeit der Gewerkschaften nichts für Sonntagsreden, sondern eine handfeste Notwendigkeit ist. Mit der Aufnahme der

christlichen Gewerkschaftsbünde aus Belgien, Luxemburg und den Niederlanden und mit der Annahme eines gemeinsamen Aktionsprogramms hat die 2. Generalversammlung des Europäischen Metallgewerkschaftsbundes (EMB) deshalb einen Schritt voran getan.

106 Delegierte kamen am 30. und 31. Oktober 1974 in Frankfurt zur 2. Generalversammlung des EMB

Eugen Loderer hat in Frankfurt seine Vorstellungen vom politischen Engagement der Gewerkschaften umrissen und gleichzeitig seine politische Lösung angeboten.

Eugen Loderer erklärte dann: „Freie Gewerkschaften haben sich von jeher nicht als reine Lohnmaschinen, sondern als gesellschaftsverändernde Bewegungen verstanden. Uns allen gemeinsam ist das Streben

Auf diesem Wege und in diesem Sinne wollen wir Schritt für Schritt in einem evolutionären Prozeß den Kapitalismus verändern, seine Ungerechtigkeiten beseitigen. Das wollen wir mit der Mitbestimmung erreichen.“



Die folgenschweren Streiks der Postangestellten, Eisenbahner, Busfahrer, Fluglotsen, Metallarbeiter und noch einiger Berufsgruppen mehr riefen ein paar Schüler in Niederbayern auf die Barrikaden: Sie traten ebenfalls in den Streik. Doch ihre Berechnungen, die Schule zu bestreiken, um Hausaufgaben zu sparen, schlugen fehl: Nach beendetem „Streik“ mußten sie alle versäumten Stunden nachsitzen und das Doppelte an Aufgaben machen! Merke: Schüler dürfen nicht streiken!

KEINE KOOPERATION MIT DEN KAPITALISTEN!

Kollege Loderer hat ganz klar den Kapitalismus als das Grundübel unserer Gesellschaft ermittelt. Aber er hat die nach unserer Meinung verkehrten Konsequenzen gezogen.

NOCH NIRGENDS IST ES GELUNGEN, DEN KAPITALISMUS SCHRITT UM SCHRITT, IN EINEM ALLMÄHLICHEN, ÜBERFLIESSENDEN PROZESS IN RICHTUNG AUF EINE GESUNDE SOZIALISTISCHE DEMOKRATIE ZU VERWANDELN!

Entweder "Kooperation" mit den Kapitalisten, das heißt - vor allem zu Krisenzeiten - Unterwerfung unter ihre Macht, oder Abschaffung der Kapitalisten, das heißt Arbeiterkontrolle über die Produktion, geplante aufsteigende Wirtschaft, die sich am Bedarf orientiert. Die Kapitalisten können uns keine permanent florierende Wirtschaft garantieren. Ihr Profitinteresse verhindert den Fortschritt.

Die Kapitalisten haben auch stets jeden Versuch, ihre Macht und ihren Einfluß wesentlich einzuschränken, mit allen möglichen Mitteln bekämpft. Sie haben uns mit Faschismus und zwei Weltkriegen beschert.

"Die Kräfte, die die kapitalistische Welt aufgebaut haben versagen vor dieser Aufgabe unserer Zeit. Ihre Geschichte ist eine imponierende Entfaltung technischen und wirtschaftlichen Aufschwungs, aber auch eine Kette verheerender Kriege, riesiger Massenarbeitslosigkeit, enteignender Inflationen und Unsicherheit." So das Godesberger Programm S. 27.

Sie haben ihr Wesen nicht verändert. Zu deutlich haben wir in Chile gesehen, daß sie auch notfalls 50 000 aktive Arbeiter und Gewerkschaftler umbringen können, um ihre Macht zu halten. Mit ihnen kann es keine "paritätische" Zusammenarbeit geben - weder kurzfristig noch auf Dauer, noch weniger als "Übergangstrategie".

Um den Ruf nach einer politischen Lösung der Krise in Aktionen umzusetzen, müssen einerseits die gewerkschaftlichen Kämpfer sich in den SPD-Ortsvereinen für ihre Interessen einsetzen, zum anderen müssen die SPD-Ortsvereine und Juso-Arbeitsgemeinschaften auf lokaler Ebene Verbindung mit den Gewerkschaften, Betriebsgruppen und Gewerkschaftsjugendgruppen aufnehmen und diese in ihrem Kampf unterstützen.

bücher

unseren Lesern empfehlen wir folgende Bücher, die die politische Position der Tendenz voran! vertreten bzw. für Sozialisten uns nützlich erscheinen:

'sozialdemokratie in westeuropa' - ein aufsatz über die strategie und taktik unserer britischen schwesertendenz militant - mehrheitstendenz der britischen jungsozialisten - zu beziehen über soak, 305 wunstorf, postfach 231. DM 1,50

'die profitklemme' a.glyn, b.sutcliffe eine marxistische beschreibung der neueren entwicklungen im europäischen kapitalismus und die taktik der arbeiterklasse. zu beziehen über: rotbuch verlag, 1 berlin 31, jenaer straße 9 DM 8,00

VORAN PLAKAT

Europakarte mit der Parole: VORAN ZU DEN VEREINIGTEN, SOZIALISTISCHEN STAATEN VON EUROPA

Abbildungen Marx, Liebknecht, Lux. Stückpreis DM 1,50 zzgl. Porto. Din B2. Zweifarbig. Bestellungen an: VORAN zur sozialistischen Demokratie 46 Dortmund 1, Postlagerkarte A 056998

Neue Demokratie und die griechischen Arbeiter

Vor über einem Jahr, am 17. November 1973, besetzten 1500 Studenten und Arbeiter in Athen die Technische Hochschule. Ihre Forderungen lauteten "akademische Freiheit" und "demokratie". Draußen auf den Straßen unterstützten über 100 000 Menschen diese Forderungen. Am 22. Juli 1974 strömten wieder Hunderttausende auf die Straßen, um den Sturz der Obristen zu feiern, die Griechenland sieben Jahre lang mit Gewalt und Terror beherrscht hatten, und die den Massenmord von November 1973 befohlen hatten. Damals schlug die Papadopoulos-Diktatur mit Panzern die Arbeiter- und Studentenbewegung nieder und brachte über 100 Leute um.

Die griechische Revolution hatte begonnen! Das wahnsinnige Abenteuer der Obristen in Zypern war fehlgeschlagen und der Militär-Polizeistaat war schließlich zu einer Gefahr für den griechischen Kapitalismus selbst geworden. Die Besitzer der Großbetriebe, der Industrie, die Großgrundbesitzer zitterten: die Frage, ob sie das Regime selbst entmachten sollten, ehe das ein Aufstand von unten tat, wurde ihnen aus den Händen genommen. Das Regime brach zusammen.

In dieser Situation totaler Verwirrung für die Kapitalisten gab es große Möglichkeiten für eine Bewegung der Arbeiter in Richtung eines sozialistischen Griechenlands. Aber wie in Portugal nach dem Sturz des Caetano-Regimes hat bisher etwas gefehlt: eine Führung, die den Mut hat, die Massen auf der Basis eines klaren sozialistischen Programms zu mobilisieren, und deren Hoffnungen in die Tat umzusetzen.

REAKTION ERSCHÜTTERT

Verzweifelt brachte Präsident Gizikis eine Versammlung kapitalistischer Politiker auf die Beine, "weil Griechenland ohne Regierung war". Diese baten den reaktionären ehemaligen Premierminister Karamanlis, von Paris zurückzukehren, um eine "Regierung der nationalen Einheit" zu bilden. Karamanlis, dessen Vergangenheit, die genau so blutig wie die des portugiesischen Generals Spínola ist, kam nach Griechenland als der "Retter seines Volkes", "ein neuer de Gaulle":

"Einst war Karamanlis ein autoritärer Richter. Dann überwarf er sich mit der Krone und ging stolz ins Exil. Von dort kehrte er nach dem Kollaps des Obristen-Regimes zurück: ein geläuteter Politiker zu einem geläuterten Volk." (Die Zeit, 22. November 1974)

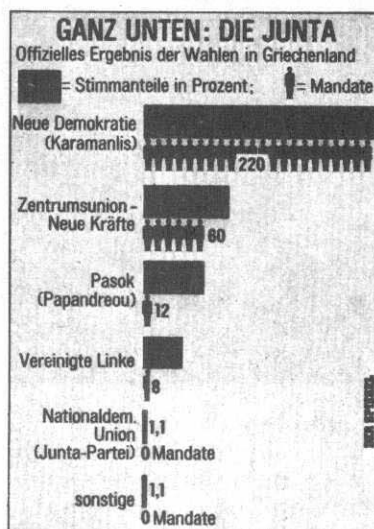
Diese "neue de Gaulle", die letzte Hoffnung der erschrockenen Kapitalisten, hat am Tag vor den Wahlen zu den Griechen appelliert: "Wenn Ihr mir nicht eine überwältigende Mehrheit gebt, warum habt Ihr (!) mich dann zur Rettung des Landes zurückgerufen?" (Die Zeit ebd.)

Bei den Wahlen im November erhielt Karamanlis und seine Partei "Neue Demokratie" angeblich 54 Prozent der Stimmen. Die Zentrumsunion von Mavros erhielt 20 Prozent. Obwohl die Zahl der Wahlberechtigten 6.273.205 betrug und Nichtabstimmung mit Strafe belegt war, erhielt Karamanlis in der Tat nur rund 2,6 Millionen Stimmen. Der Grund für seinen hohen Stimmenanteil-prozentual gesehen- wird aber klar, wenn man betrachtet, daß 1.281.533 Wähler nicht abstimmten und damit eine Bestrafung riskierten.

Außerdem waren nur diejenigen wahlberechtigt, deren Namen schon vor Februar dieses Jahres in das Wahlregister eingetragen waren, also noch unter dem Obristenregime! Keiner der 400.000 Griechischen Arbeiter in der BRD konnte wählen, da man persönlich zum Wahllokal gehen mußte. Trotzdem hat Karamanlis von 300 Sitzen im Parlament nur 220 erhalten!

Das mag für einige "neue Demokratie" heißen, aber für die Massen der Arbeiter und Bauern Griechenlands ist eine solche Farce nichts Neues.

Von 1955 bis 1963 regierte Karamanlis an der Spitze eines reaktionären Regimes. Diese Periode, die für die Kapitalisten Griechenlands "das goldene Zeitalter" war, war wie überall in Europa eine Periode des wirtschaftlichen Aufschwungs. Nach der Niederlage der Arbeiterklasse im Bürgerkrieg, als Stalin es sich erlauben konnte, den britischen und amerikanischen Imperialismus die griechische Revolution vernichten zu lassen, bekamen die griechischen Kapitalisten zwischen 1947 und 1962 3,5 Milliarden \$ von den Amerika-



nern. Diese riesige Summe war die Grundlage für ein beträchtliches Wirtschaftswachstum in den 50er Jahren:

Die griechische Wirtschaft wuchs zwischen 1951 und 1961 um 6 Prozent pro Jahr (in der BRD waren es 7,5 Prozent). Trotzdem war die Basis dieses Wachstums sehr schwach. Industrielle Produktion ist sehr wenig gewachsen und der Anteil der Bevölkerung, die in der Industrie beschäftigt ist, bleibt immer noch gering: 1928 13,2 Prozent, 1951 13,4 Prozent, 1961 13,1 Prozent. Hunderttausende von jungen Griechen haben das Land verlassen. Da sich die Weltwirtschaftskrise auch in der BRD entfaltet, werden diese nach Hause zurückkehren müssen und die Reihen der Arbeitslosen vermehren. Der griechische Kapitalismus ist unsicher und kleinbürgerlich geblieben.

Er ist nicht imstande, seine eigene Zurückgebliebenheit zu überwinden.

Unter Papadopoulos ist die wirtschaftliche Lage Griechenlands noch schlimmer geworden. Die Arbeiter haben nichts gewonnen. Ihr Einkommen ist jetzt um 50 Prozent geringer als vor 2 Jahren.

1973 betrug die Inflationsrate 33 %, und schon im Juli 1974 lag sie bei 27 %. Karamanlis, anstatt zu einem neuen "goldenen Zeitalter", kehrt nach Griechenland zu einer unmöglichen Aufgabe zurück. Diese Aufgabe ist nicht das "Land", sondern Griechenlands schwankendes kapitalistisches System zu retten.

Aber wir sehen, in Südamerika beispielsweise, daß die Unfähigkeit der Kapitalisten, die großen Probleme der Wirtschaft zu lösen, zu einer total instabilen wirtschaftlichen Situation führt, in der eine endlose Reihe Regierungen, bald "demokratische", bald militärische versuchen, die Probleme der Ausbeuter zu lösen - allerdings ohne den geringsten Erfolg. In der Tat kann nur eine sozialistische Umwandlung der Gesellschaft unter Kontrolle der Arbeiter diese Probleme der wirtschaftlichen Rückständigkeit lösen. Nach dem Sturz des Militärregimes in Argentinien ist der ehemalige Diktator Juan Peron als "nationaler Retter" zurückgekehrt. Die gegenwärtige Situation in diesem Land, wo schon die Arbeiterorganisationen von faschistischen Gruppen der "argentinischen

Anti-Kommunistischen Allianz", die Isabel Peron unterstützt, bedroht werden, zeigt die Notwendigkeit einer echten Arbeiterführung und beweist, wie gefährlich Vertrauen jeglicher Art in solche "Retter" ist.

Karamanlis, wie Peron, ist als "Held" nach Hause gekommen. Natürlich hat er es versäumt, von seiner Vergangenheit als "autoritärer Richter" zu sprechen. Seine Partei, die vorher die "nationale radikale Union" hieß, heißt jetzt "Neue Demokratie". Von 1955 bis 63 regierte Karamanlis als Chef einer reaktionären Regierung, die Dörfer terrorisierte, die dann für ihn stimmten. Tausende von Kommunisten waren im Gefängnis. Trotzdem waren die Führer der KP Griechenlands zufrieden, eine klei-

ne Rolle bei den Wahlen zu spielen und nichts von den Verbrechen dieses "Retters" zu sagen, "falls die zu weit gingen".

Nach dem Sturz des Militärregimes fürchteten die Kapitalisten Europas einen großen Ruck nach links in Griechenland. Das hat es in der Tat gegeben. Sie wissen, daß die Massen in Griechenland das Verhältnis zwischen Kapital und Obristen gut schauen.

ES FEHLT EINE SOZIALISTISCHE OFFENSIVE!

Andreas Papandreu hatte den Mut, mit den Liberalen der Zentrumsunion von Mavros (uns seinem Vater Georg) zu brechen und gründete die "Panhellenische Sozialistische Bewegung" (PASOK). Das Programm seiner Partei enthält viele bedeutende Forderungen, die Marxisten begrüßen, wie etwa Verstaatlichung der Banken und Großbetriebe. Aber zu keiner Zeit seit Juli hat es eine klare Initiative der Arbeiterführer, einen Versuch gegeben, die Massen der Arbeiter und Bauern ein sozialistisches Programm gegen das Kapital zu mobilisieren. Die KP Griechenlands wollte die Rückkehr von "Demokraten" wie Karamanlis offenbar nicht stören. Andreas Papandreu, wie sein Vater Georg als Führer der Zentrumsunion bei den letzten Wahlen 1963, hat eine Wahlkampagne mit Linksdemagogie geleitet, in der er den Massen viel versprach. Aber damals, anstatt das Erfolgreiche Ergebnis der Wahlen zu nutzen, um die Arbeiter gegen das Kapital zu mobilisieren, versuchte Papandreu, seine Position zu sichern, indem er die Staatsmaschine säuberte. Er fürchtete die Massen genau so wie deren Ausbeuter. Ohne den geringsten Widerstand von der KP-Frontorganisation EDA, die nur "Respekt für die Verfassung" forderte, übernahm die Junta von Armeeoffizieren die Macht.

Zwischen 1963 und 1965 wuchs die Mitgliedschaft der EDA von 23.000 auf 90.000 an. Bei den Kommunalwahlen 1964 erhielt die EDA 33 % der Stimmen. Bei den Wahlen im November 74 erhielt die Vereinigte Linke weniger als 10 Prozent der Stimmen! PASOK erhielt 13,5 %. Vor den Wahlen protestierten die Kommunisten, daß die Wahlen zu früh kämen, und daß sie zu wenig Zeit hätten, ihre Organisation aufzubauen.

SCHMIDT'S NEUER KURS — ein alter Hut

In der Juni-Ausgabe des theoretischen Organs der SPD - "Die Neue Gesellschaft" - erschien ein Auszug aus Schmidts Studie "Zur aktuellen ökonomischen Problematik". Dieser Artikel stellt eine nüchterne wirtschaftliche Einschätzung dar - allerdings aus Sicht der Unternehmer - er soll hier in Grundzügen skizziert werden:

'Das Weltwährungswesen ist zusammengebrochen, hauptsächlich von den USA verursacht. Die BRD (d.h. die BRD Kapitalistenklasse) hat im Rahmen der Weltwirtschaft sehr gut abgeschnitten, (niedrigste Inflationsrate, positive Handelsbilanz). Insgesamt befindet sich die Weltwirtschaft in einer in Friedenszeiten nie erlebten tiefgreifenden Inflationskrise.

Hauptinflationsfaktoren seien neben weltwirtschaftlichen Einflüssen und Rohstoffpreissteigerungen die (aus Sicht der Unternehmer) 'überhöhten' Nominallohnsteigerungen. Als Rezepte in dieser Wirtschaftskrise bietet Schmidt an:

REZEPT Nr.1. Das Vertrauen in die kapitalistische Wirtschaft muß unter allen Umständen erhalten werden; die Unternehmer sollen ermuntert werden, mehr zu investieren, indem die Profite aufrechterhalten bzw. vergrößert werden.

REZEPT Nr.2. Keine Reformforderungen aufkommen lassen, die vom Kapitalismus in der Krise nicht erfüllt werden können.

REZEPT Nr.3. Nur nicht zentrale Probleme wie Inflation öffentlich zum Hauptthema werden lassen. Unsicherheit ist Gift (für die Psychologie der kapitalistischen Wirtschaft). Bei Preisen internationale Vergleiche ziehen (den anderen kapitalistischen Ländern geht es ja noch dreckiger).

Der normale sozialdemokratische Leser ist verwirrt, übrig bleiben die Fragen: Was spielt sich eigentlich in der Weltwirtschaft ab? Was heißt Weltwirtschaftskrise? Woher kommt die Inflation? Warum sollen zentrale Probleme nicht öffentlich als Hauptthema behandelt werden?

Im Rahmen unserer Zeitung können wir keine umfassende Darstellung geben. Die wichtigsten Aspekte wollen wir hier betrachten.

Inflation bedeutet, daß die Geldmenge im Verhältnis zur Gütermenge gestiegen ist, es ist relativ mehr Geld als Güter vorhanden.



Das am Ende des zweiten Weltkriegs in Bretton Woods, USA, abgeschlossene Währungsabkommen unter den führenden kapitalistischen Mächten hatte zum Inhalt, daß der Dollar Leitwährung wurde. Der Dollar war zu einem festen Umtauschsetz (\$ 35 entsprachen 1 Unze Gold) in einer bestimmten Relation zum in Fort Knox gelagerten Gold abgedeckt. Damals - nach dem erschütternden Weltkrieg - konnten die US Kapitalisten diesen riesigen Vorteil für sich selbst diktieren; die anderen westlichen Länder fürchteten eher die sozialistische Revolution als die Ausbeutung durch ihren 'Partner'.

Die einzelnen Landeswährungen wurden von ihren Nationalbanken nur zum geringen Teil durch Gold gedeckt, meist zum größeren Teil durch geliehene US-Dollar, somit indirekt durch Gold.

Die traditionelle Rolle Großbritanniens des Polizisten für den Weltimperialismus wurde in den fünfziger Jahren von den USA übernommen. Mehrere Kriege gegen die anhaltende Kolonialrevolution, z.B. in Vietnam, schwächten aber die Reserven des US-Riesen. Gleichzeitig erholten sich die europäischen Konkurrenten; insbesondere Frankreich stockte bewußt seine Goldreserven auf. Bis Ende der 60'er Jahre besaßen die EG Länder gleich viel Gold wie die USA. Trotz dieser Verschiebung der wirtschaftlichen Macht zwischen den USA und Westeuropa blieb der Umtauschsetz des Dollars dem Stand von 1946 gleich.

In den Jahren nach dem zweiten Weltkrieg sahen die herrschenden Klassen Europas und der USA die Gefahr der sozialen Revolution infolge der Armut und des Hungers vor dem Wiederaufbau mit Entsetzen. Die Erfahrung der revolutionären Welle nach dem 1. Weltkrieg lehrte sie, statt die 'Besiegten' erbarmungslos auszubeuten, eher mit Hilfe von 'Darlehen', 'Wirtschaftshilfe' und dergleichen eine Wirtschaftsspritze zu geben; diese Taktik brachte gleichzeitig den Vorteil, daß die USA Kapitalisten große Anteile der europäischen Wirtschaft billig aufkaufen konnten.

1971 setzten die westeuropäischen Kapitalistenklassen den amerikanischen 'Partner' unter Druck, diesen Machtanspruch aufzugeben. Sie zwangen die US-Regierung, am 31.8.71 die Konvertibilität (festen Umtausch) des Dollars aufzuheben. Das bedeutete eine Vertrauenskrise in das Gold überhaupt, da es keine direkte Deckung des Geldes durch das Gold mehr gab. Fast sofort ging der Goldpreis in die Höhe. Die erste Abwertung des Dollars war Tatsache.

Da das Geld nicht mehr durch Gold gedeckt ist, verlangen Bankiers höhere Zinsen, die Unternehmer wagen es nicht mehr, langfristig zu investieren, da die Kredite viel teurer und die Märkte zu ungewiß sind. Man investiert nicht mehr im produktiven Bereich, man spekuliert.

Von Grund- und Bodenspekulation, Rohstoffspekulation (dies treibt hauptsächlich die Preise der Produktion hoch) und Währungsspekulation kann man jeden Tag in den Zeitungen lesen. Sie zeigen den Versuch, kurzfristige Profite im nicht produktiven Bereich zu machen. Die Kapitalisten wollen ihr Vermögen sichern und legen es zum Teil in Gold an. Der Goldpreis schnellt in die Höhe, die Aktienkurse sinken, die Unternehmerpleiten häufen sich in rasender Schnelle, Banken krachen.

Wahlparolen von vorgestern wirken wie Märchen zwei Jahre später:

gute alte zeit : '72

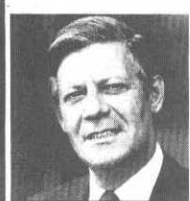
Leistungen zählen.

Deutschland hat sichere Arbeitsplätze.

Darauf sind wir alle stolz.

So sah 1966/67 die Rezession aus: 673.572 Arbeitslose. 343.718 Kurzarbeiter. Und Millionen von Familienvätern hatten Angst um ihre Existenz. Die CSU/CDU hatte die Rezession gewollt. Und heute will sie wieder Wirtschaftspolitik auf dem Rücken der Arbeitnehmer machen. Dazu CDU-Bundestagsabgeordneter Bremer, Pinneberg, am 4. 10. 1972: Die CDU ist bereit, eine Arbeitslosenquote von zwei Prozent in Kauf zu nehmen.

Jeder Deutsche soll wissen, was das bedeuten würde: Eine halbe Million Arbeitslose. Existenzangst. Radikalismus. Dazu darf es nicht kommen. Sorgen Sie dafür, daß Sozialdemokraten weiter regieren. Dann bleiben die Arbeitsplätze sicher. Wählen Sie am 19. November SPD.



Bundeswirtschafts- und Finanzminister Helmut Schmidt: „Hände weg von den Arbeitsplätzen. Dies ist eine ernste Warnung vor Strauß und Barzel.“

Das muß so bleiben. Wir haben die sichersten Arbeitsplätze in Europa. Vollbeschäftigung, seit Sozialdemokraten regieren. Und sozialen Frieden. Das ist heute die Lage.

ARBEITSLOSIGKEIT MASSENENTLASSUNGEN INFLATION

AKTIONSPROGRAMM

Dieses Aktionsprogramm legt VORAN: zur Diskussion in der SPD, Jusos und Gewerkschaften vor. Wir meinen, daß angesichts

dieser schweren Krisensituation die Arbeiterbewegung ein ernsthaftes Kampfprogramm braucht.

ARBEITSLOSIGKEIT und KURZARBEIT sind "normale" Erscheinungen im kapitalistischen System. Die Angst um den Arbeitsplatz und damit die Angst um die Existenz zehrt an der Gesundheit von Millionen Arbeitern und ihren Familien. Heinz Oskar Vetter spricht vom Recht auf Arbeit als einem Grundrecht des Menschen. 'Rechte' für die Arbeiter mußten immer erkämpft und immer neu verteidigt werden. Das 'Recht auf Arbeit' kann es unter dem Kapitalismus nicht geben; aber kein Kollege darf fliegen, solange wir die Kraft haben, es zu verhindern! Die kapitalistische Krise zwingt den Staat dazu, die Lasten in jeder Hinsicht auf die Bevölkerung abzuwälzen.

Kürzungen in vielen Bereichen sind schon angekündigt worden. Reformen werden zu Konterreformen.

- Wir fordern:
- AUFRECHTERHALTUNG ALLER SOZIALLEISTUNGEN!
 - VERWIRKLICHUNG DES SPD-PROGRAMMS OHNE WENN UND ABER!

Auch die INFLATION greift den Lebensstandard der Arbeiterklasse erheblich an. Oft muß an wertvollen Lebensmitteln gespart werden.

- Wir fördern:
- DIE LOHNERHÖHUNGEN MÜSSEN MIT DEN PREISSTEIGERUNGEN SCHRITT

HALTEN! EINE GLEITENDE LOHNSKALA GEGEN DIE PREISSTEIGERUNGEN!

Was können die Kapitalisten tun, um das Geld wertvoller zu machen? Man 'mußte den Geldberg langsamer anwachsen lassen als den Güterberg'. Die klassische Lösung der Krise der Überproduktion, also. Da Güter allein durch Arbeit entstehen, und Arbeit durch Geld bezahlt werden muß, heißt das nichts anderes als relativ weniger Geld

für die gleiche Arbeit zu bezahlen.

Mit anderen Worten: man (d.h. die Unternehmer) muß den Lebensstandard der Arbeiter senken! Das muß oberstes Ziel jeder kapitalistischen 'Stabilitätspolitik' in der Krise sein!



Daß die Zukunft bedroht ist, daß der kapitalistische Raubbau an Mensch und Natur tagtäglich unzählige Opfer fordert, wird immer mehr Menschen klar. Die Abschaffung des Kapitalismus war aber von den 'Experten' nicht gemeint. Das ganze Tamtam um die 'Grenzen des Wachstums' - die Studie bekam den Friedenspreis des deutschen Buchhandels '75 - ließ die Arbeiter den Verstand nicht verlieren. Doch der nächste Akt des Schauspiels war schon vorbereitet: die Ölkrise. Ein jeder weiß, was damals abgelaufen ist. Gutgekleidete Leute, wohlfrisiert mit Schlips und Kragen (die von uns bezahlten Volksvertreter) traten mit ernstem Gesicht vor die Fernsehkameras und sprachen von der 'Krise'. Das Resultat: Einschränkungen - Fahrverbot und Einkommensverlust durch steigende Benzin- und Heizölpreise, Mietpreisanhebungen, allgemeine Preissteigerungen. Vollbetankte Tanker stießen in den Häfen zusammen, weil sie nicht entladen wurden; die Bestechung eines Teils der italienischen Regierung (sie ließen absichtlich ganze Gebiete verrecken) wurde bekannt.

Die 'Ölkrise' kostete den Arbeitern einige Prozente ihres Einkommens, in anderen Ländern wesentlich mehr. Dies reichte nicht aus, um die Importe beachtlich zu senken.

Gleichzeitig läuft zur Ölkrise eine Welle von Massenentlassungen (DVA in Stuttgart, Siemens, Opel usw.) parallel. Der einzelne Betrieb geht von seinen Kostenüberlegungen aus; die Kapitalistenklasse als ganze aber sieht in den steigenden Arbeitslosenzahlen das beste Mittel zur Disziplinierung der Arbeitnehmer. Arbeitslose sollen als Lohndrücker und Akkordhitzer dienen; Angst vor Entlassung soll ein besseres Betriebsklima fördern.

Zu dieser Funktion waren bislang unsere Arbeitskollegen aus Niedriglohnländern (Italien, Jugoslawien, Spanien usw.) gezwungen. So war es auch nicht verwunderlich, daß im Frühjahr die CDU/CSU am lautesten nach 'unpopulären Maßnahmen' zur 'Stabilisierung der Wirtschaft' riefen und die Lohnerhöhungen im öffentlichen Dienst verteilten. Wie in der Rezession 1966/67 wollten sie höhere Arbeitslosigkeit schaffen.

DIE DRINGENDE AUFGABE FÜR DIE KAPITALISTENKLASSE: DEN LEBENSSTANDARD DER ARBEITERKLASSE ZU SENKEN!

Für den Genossen Schmidt kommt aber offensichtlich die Gefahr von der anderen Seite!

Durch die gestiegenen Rohstoffpreise sinken die Reallöhne in den Industrieländern. Die Arbeiter seien aber an unentwegte Steigerungen des Realeinkommens gewöhnt, darin liege an sich schon eine Gefahr für die demokratische Struktur der Gesellschaft. Die Auffassung, daß eine falsche Politik der Regierungen für die sinkenden Realeinkommen verantwortlich sei, führe zu innerpolitischen Instabilität. Die Situation in den europäischen Ländern zeige, wie weit diese innenpolitische Instabilität schon aus wirtschaftlichen Gründen schon gegangen sei.

Die Rohstoffpreise sind also der 'objektive Grund', warum Dein Lohn eingefroren werden 'muß'. Verschwiegen wird, warum die Rohstoffpreise steigen, daß die Ursache dafür die kapitalistische Inflation ist, aus zwei Gründen:

- durch die Spekulation (gekauft, gehortet und später verkauft)
- durch rohstoffbesitzenden Länder für die es eine Existenzfrage geworden ist, mehr für ihre Produkte zu bekommen, weil der Dollar seine Kaufkraft (der Handel wird meist in US Dollars getätigt) verloren hat, um wenigstens die Zinsen für die Kredite an die westlichen Länder zurückzahlen.

Gerade in der Krise werden die bürgerlichen Massenmedien gegen die organisierte Arbeiterklasse laut. Vom 'Gewerkschaftsstaat' ist die Rede. Nach dem Prinzip: 'Teile und herrsche' werden Gruppen in der Klasse gegen einander aufgehetzt: Arbeiter gegen Angestellte, Männer gegen Frauen, Einheimische gegen Gastarbeiter usw.

Dies ist einer parlamentarischen Demokratie aber nur schwer zu erreichen. Die Arbeiter haben im entwickelten Sektor der westlichen Welt starker Verteidigungsorgane: Gewerkschaften und Klassenparteien. Wenn die Unternehmer versuchen, offen gegen den Lebensstandard der Arbeiter vorzugehen, stoßen sie auf starken Widerstand.

Die Kapitalisten sind also bemüht, die Krise als 'objektiv-notwendig' erscheinen zu lassen. In Gestalt des 'Club of Rome' mit der 'wissenschaftlichen Studie' - 'Die Grenzen des Wachstums' treten sie als Retter der Menschheit auf. Unter Hinweis auf die Begrenztheit der natürlichen Reserven an Energie und Rohstoffen und deren zu erwartenden baldige Erschöpfung durch das 'industrielle Wachstum' fordern sie: Alle müssen sich einschränken, haushalten, kurztreten. (Wobei 'alle' diejenigen sind, die sich zeitlebens nur eingeschränkt haben - die Arbeiter).

Jeder Einzelkampf der Gewerkschaften gegen Entlassungen, Lohnkürzungen, Kurzarbeit muß von SPD-Mitgliedern und Jusos aktiv unterstützt werden. Um erfolgreich gegen diese Politik der Unternehmer vorzugehen, müssen auch die Gewerkschaftsführungen eine klare sozialistische, politische Perspektive haben. Die Reden des Genossen Schmidts bedeuten in der jetzigen Phase - wie z.B. auf dem Gewerkschaftstag der IG Metall in Hannover: "Ich habe nie eine flammendere Rede für die Marktwirtschaft gehört", so CDU Generalsekretär Biedenkopf!! - nur Verwirrung.

Denn ein aufgeklärter Arbeiter wird sagen: "Was interessiert mich das Vermögen der Kapitalisten, deren Aktien und Schuldverschreibungen? In einer Arbeiterdemokratie können wir nach Bedürfnissen der Menschen produzieren und nicht nach den Profitinteressen des Kapitaleigners. Wenn der Kapitalismus uns nicht mehr einen angemessenen Lebensstandard garantieren kann, dann weg mit dem ganzen Kapitalismusdreck!" Und damit hat er recht.....

KURZARBEIT SCHLUß DAMIT ! LAßT DIE BOSSE ZAHLEN !

MACHT DAS AKTIONSPROGRAMM ZUM SPD-PROGRAMM !

gegen die Krise

Auch wer "nur" kurzarbeiten muß, ist doch gezwungen, seinen Lebensstandard erheblich einzuschränken.

Wir fordern:

- LOHNFORTZAHLUNG BEI PLEITEN !
- NEIN ZU ENTLASSUNGEN, KURZARBEIT, AKKORDHETZE UND LOHNABBAU !
- EINEN GARANTIERTE ARBEITSPLATZ ODER VOLLEN LOHN FÜR ALLE !
- BEI KURZARBEIT VERTEILUNG DER VORHANDENEN ARBEIT UNTER ALLEN ARBEITERN BEI VOLLER LOHNFORTZAHLUNG - EINE GLEITENDE SKALA VON LÖHNEN UND GEHÄLTERN !
- 40 STUNDEN LOHN FÜR 30 STUNDEN ARBEIT !

Die Kapitalisten überfallen uns oft mit willkürlichen Preiserhöhungen. Die SPD-Abgeordneten müssen im Bundestag durchsetzen, daß eine Regelung Gesetzeskraft erhält, wonach die DGB-ORTSKARTELE in Zusammenarbeit mit den organisierten Hausfrauen und Mietern die Preise kontrollieren.

Wir fordern:

- GEWERKSCHAFTLICHE KONTROLLE ÜBER DIE PREISE !

Bei jeder Forderung der Gewerkschaften nach mehr Lohn, besseren Arbeitsbedingungen oder Reformen brechen die Kapitalisten in ein Wehgeschrei aus; sie behaupten, solche "überzogenen" Forderungen würden sie finanziell ruinieren. Sie behaupten, daß sie Arbeitsplätze einsparen müßten, um konkurrenzfähig zu bleiben. Wir sagen: Das sollen sie uns erst einmal beweisen.

Wir fordern:

- OFFENLEGUNG DER GESCHÄFTSBÜCHER ! GLÄSERNE TASCHEN DER UNTERNEHMER UNS INTERESSIERT NICHT DAS PRIVATKONTO EINES EINZELNEN KAPITALISTEN, UNS INTERESSIEREN ALLE KONTEN ALLER KAPITALISTEN !

Die kapitalistische Krise darf nicht auf dem Rücken der Arbeiter ausgetragen werden! Sie sind nicht verantwortlich dafür. Die alleinigen Schuldigen an der Krise sind die Großkonzerne und ihre Hintermänner.

Wir fordern:

- ZIEHT DIE GROSSKONZERNE ZUR VERANTWORTUNG ! BITTET DIE BOSSE ZUR KASSE ! SIE SOLLEN DIE SUPPE AUSLÖFFELN, DIE SIE UNS EINGEBROCKT HABEN !

Die Kapitalistenklasse ist nur ein kleiner Haufen, der sich von uns allen ernährt. Sie ist in ihrem Interesse auch dazu bereit, Hunger und Elend unter die Arbeiterfamilien zu bringen.

Wir fordern:

- ENTMACHTUNG DER KAPITALISTENKLASSE DURCH VERSTAATLICHUNG DER GROSSKONZERNE, BANKEN UND VERSICHERUNGEN !
- ENTSCHÄDIGUNG DER BISHERIGEN BESITZER NUR IN HÖHE DER SOZIALLEISTUNGEN, DIE DEN ARBEITSLIENEN ZUGESTANDEN WERDEN !

Der Kampf gegen die Kapitalisten setzt eine entschlossene Führung in SPD und Gewerkschaften voraus. Sie müssen auf der Grundlage eines klaren Programms Maßnahmen einleiten und ihre breite Anhängerschaft mobilisieren.

Wir fordern:

- EIN AUSSERORDENTLICHER SPD-PARTEITAG, UM EIN PROGRAMM GEGEN DIE KRISE AUSZUARBEITEN ! FÜR EINE KÄMPFERISCHE GEWERKSCHAFTSFÜHRUNG !
- KEINE SPALTUNG ARBEITSLIENEN-BESCHÄFTIGTE, DEUTSCHE-AUSLÄNDER
- MÄNNER-FRAUEN, ARBEITER-ANGESTELLTE ! UNTERSTÜTZUNG ALLER ARBEITER IM KAMPF DURCH DIE SPD-ORTSVEREINE, -BEZIRKE UND -FÜHRUNG !

FÜR EINE ABSOLUTE SPD-MEHRHEIT AUF DER GRUNDLAGE EINES SOZIALISTISCHEN PROGRAMMS ! !

Studenten für den Sozialismus



"VORAN!" hat sich bisher noch nicht speziell zu Studentenfragen geäußert. Dies lag vor allem an Platzmangel. Anfragen und Anregungen von Lesern und Korrespondenten sowie die gegenwärtigen Vorgänge auf dem Bildungssektor veranlassen uns jedoch dazu, in dieser und den nächsten Ausgaben einmal grundsätzlich auf die Studentenbewegung einzugehen. Während dieser Artikel die Studentenbewegung mehr theoretisch angeht, werden wir in den nächsten "VORAN" Nummern unsere konkreten Vorstellungen von einem Kampfprogramm für die Studenten und der Rolle der sozialistischen Studenten innerhalb der gesamten Arbeiterbewegung darlegen. Wir rufen alle Leser unserer Zeitung, besonders die Studenten unter ihnen, dazu auf, mit Leserbriefen und Berichten über ihre konkreten Aktionen sich an der Diskussion zu beteiligen und damit einen Beitrag zur Klärung der unter den sozialistischen Studenten umstrittenen zentralen Fragen zu leisten.

Westeuropa erlebt seit der zweiten Hälfte der 60er Jahre in fast allen wichtigen Ländern eine starke und einflußreiche Studentenbewegung. Hunderttausende von Studenten organisierten sich damals zum offenen Konflikt mit dem bürgerlichen Staat. Diese Welle sprang, bei verschiedenen Anlässen in den einzelnen Ländern ausgelöst, in wenigen Tagen über die Grenzen der europäischen Nationen und riß dort große Mengen von Studenten mit.

In Spanien waren es damals fast ausschließlich die Studenten, die den offenen Gegensatz zur Franco-Militärdiktatur aufnahmen. Sie eröffneten damit eine lange Kette von Kämpfen gegen Staat und Kapitalisten. Mit diesen Kämpfen wehren sich heute junge, frische Kräfte aus der Arbeiterbewegung gegen die Unterdrückung und den Angriff auf ihren Lebensstandard. Mit der Bewegung der spanischen Studenten begann damals ein Prozeß, der heute ganz offen den Sturz des Franco-Regimes als baldiges Ereignis auf die Tagesordnung setzt. Selbst in der BRD, die bisher als Wirtschaftswunderland galt, machten sich die Studenten zum Marsch gegen das "Establishment" auf.

Ein Rückblick auf die Geschichte der Studentenbewegung zeigt, daß erstmals seit 1848 die Aktionen einer Masse von Studenten gegen die bestehende Ordnung gerichtet sind und linke, radikale, halbrevolutionäre Ideen eine breite Anhängerschaft finden, und zwar auf internationaler, und nicht wie bei verschiedenen Revolutionen, auf nationaler Ebene. Die CDU nannte in ihrer Propaganda nicht ohne Grund die Universitäten "rote Kaderschmieden der Revolution".

Die Unruhen unter den Studenten sind als ein Anzeichen für die weltweite tiefe Krise des kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftssystems zu sehen. Die Studenten haben sich als erste gesellschaftliche Schicht gegen das kapitalistische System aufgelehnt. Sie waren jedoch mehr oder weniger isoliert von der Arbeiterklasse.

Heute jedoch ist es die Arbeiterklasse selbst, die durch den Angriff auf ihren Lebensstandard zum Kämpfen gezwungen wird und - wie wir annehmen - in der konkreten Kampferfahrung gegen einzelne Kapitalisten die Traditionen ihrer Eltern und Großeltern wiederentdecken wird.

Die damalige isolierte Studentenbewegung war, wie sich inzwischen international erwiesen hat, ein erstes Stimmungsbarometer für den Zustand der Gesamtgesellschaft. Dies ist kein Zufall. In den Universitäten und Hochschulen sollen traditionell die Nachwuchskräfte herangebildet werden, die später einmal privilegierte Posten in Wirtschaft und Staatsbürokratie einnehmen. Die Universitäten sind starke Waffen in den Händen der Besitzenden.

Die herrschende Klasse begreift ihre Universitäten als langfristige Institution zur Sicherung des Bedarfs an qualifizierten Führungskräften. Sieht sie ihre eigene Zukunft als ungewiß an oder wird die Zahl der Studenten, d.h. der auf eine gehobene Position Hoffenden zu groß, so muß sie rechtzeitig eingreifen. Nicht umsonst reden CDU-Führer von einer auf uns zukommenden Akademikerschwemme.



STIMMUNGSBAROMETER DER GESELLSCHAFT

Die Studentenradikalisierung ist zunächst einmal ein Produkt des studentischen Milieus. Der junge Student verläßt mit dem Beginn seines Studiums erstmals in seinem Leben den Rahmen der Familien und tritt hinaus in eine neue Etappe der Selbstständigkeit und persönlichen Freiheit, meistens in eine völlig neue Umgebung. In den Vorlesungen, Seminaren und Übungen trifft er dann direkt auf eine bürgerliche Wissenschaft, die in einer tiefen ideologischen Krise steckt und den kritischen Jugendlichen keine ausreichende Antwort mehr auf ihre Fragen geben können. Der Widerspruch zwischen der herrschenden Ideologie und der weltweiten Realität (Hunger, Elend in der Dritten Welt, blutige Kriege, soziale Ungerechtigkeiten und Mißstände im eigenen Land) wird zu offensichtlich. Dies führt dann dazu, daß zunächst einmal alles in Frage gestellt wird und die Suche nach neuen Ideen beginnt.

Viele Studenten organisieren sich deshalb in verschiedenartigen Formen, um gemeinsam nach Alternativen zu suchen: Seminare, teach-ins, studentische Initiativen, Basisgruppen, rote Zellen, politökonomische Schulungen etc.

Aufgabe der Marxisten ist es, die Verbindung zwischen den Problemen der Studenten und denen der gesamten Arbeiterklasse aufzuzeigen. Die weltweite Krise des Kapitalismus hat nämlich gerade auch enorme Auswirkungen auf das Leben der Studenten. Mit Sparmaßnahmen und Maßhaltenparolen versuchen die Kapitalisten, die von ihnen verschuldete Krise auf die große Bevölkerungsmehrheit abzuwälzen. Für die Studenten bedeutet dies große materielle und qualitative Verschlechterungen.

Steigende Preise, hohe Mieten und erhöhte Sozialbeiträge greifen die Geldbeutel fast aller Studenten an. Die bestehenden Bafög-Regelungen sind völlig unzulänglich. Für die meisten heißt dies: Zwang, eine Nebenbeschäftigung aufzunehmen, also weniger Freizeit oder Verlängerung des Studiums oder noch stärkere Abhängigkeit vom Elternhaus.

Bundesfinanzminister Apel hat kürzlich erklärt, daß "kostspielige Reformen auf Jahre hinaus unmöglich" seien.

Dies bedeutet für die Universitäten eine Verschärfung der bereits jetzt für jeden Studenten spürbaren Verschlechterung der Ausbildungsbedingungen.

Wo die Organe der Studentenschaft in Konflikt mit dem Staat geraten, startet dieser direkte Angriffe: Die Zerschlagung der verfaßten Studentenschaft in Bayern ist wohl ein erster Auftakt.

Das Hochschulrahmengesetz schreibt diese Tendenzen fest.

Bereits dieser knappe Überblick zeigt, daß die Probleme der Studenten mehr oder weniger die gleichen wie die der ganzen Arbeiterbewegung sind. Beide haben den gleichen Feind: die Kapitalistenklasse.

Wenn die Mehrheit der Studenten ihre Probleme wirklich lösen will, so muß sie ihre gesellschaftliche Position genau überdenken und Farbe bekennen. Die Studenten können als Gruppe innerhalb

der Gesamtgesellschaft niemals eine unabhängige Rolle im Kampf um den Sozialismus spielen. Andererseits gibt es in der Geschichte genügend Beispiele, wo Studenten und Akademiker die führenden Kräfte innerhalb fortschrittlicher Bewegungen waren oder gar an der Spitze von Arbeiterorganisationen standen.

Andererseits waren gerade im Vorkriegsdeutschland die Universitäten Hochburgen und Kaderschmieden der faschistischen Reaktion. Dies entwickelte sich zu einer Zeit, da die Niederlagen und die Desorientierung der Arbeiterbewegung im Rahmen der Demoralisierung und Hysterie der Mittelschichten in das kleinbürgerliche Lager trieb.

Heute sind die Bedingungen und Umstände jedoch ganz anders. Die Ideen des Sozialismus haben eine weltweite Verbreitung gefunden, die soziale Basis des Faschismus (Bauerntum und Kleinbürger) ist zusammengeschrumpft, das Proletariat wurde enorm gestärkt.

Schon Karl Marx hatte erkannt, daß von allen gesellschaftlichen Klassen nur das Proletariat eine wirklich revolutionäre Klasse ist. Die stets zunehmende Stärke und Militanz der internationalen Arbeiterbewegung bietet der breiten Studentenbewegung die historisch einmalige Möglichkeit, im aktiven Kampf unter der Führung der Arbeiterklasse eine fruchtbare Rolle zu spielen und den gemeinsamen Feind zu schlagen.

Den Kontakt zur Arbeiterklasse können die ernsthaften Studenten aber nur wirklich über die Partei finden, die schon seit einem Jahrhundert die überwiegende Mehrheit der kämpferischen Arbeiter hinter sich vereinigt und eng mit den Gewerkschaften verflochten ist.

Viele werden hier einwenden, daß die SPD eine "objektiv bürgerliche Partei" sei und ihre Führung "die Arbeiterklasse verraten" habe. Wer so argumentiert, der ist wahrhaftig noch nicht weit über die Uni-Mauern hinausgekommen und hat sich noch nie ernsthaft mit einem Arbeiter unterhalten.

Die SPD hat, all ihren schlimmen Fehlern zum Trotz, stets die große Mehrheit der Arbeiter hinter sich gehabt und sich auf diese Massenloyalität gestützt.

Fortsetzung Seite 7

Studenten...

Die Krise der Wirtschaft hat auch die Arbeiter der BRD zum spontanen Handeln gezwungen. 1973 sahen wir eine riesige Welle inoffizieller Streiks. Die Gewerkschaften erleben einen enormen Mitgliederzufluss. Die Gewerkschaftsführer stehen unter starkem Druck der Basis, bei den Tarifverhandlungen nicht von den Forderungen der Kollegen runterzugehen. Diejenigen Arbeiter, die bereits in der SPD organisiert sind, beginnen jetzt damit, in Diskussionen, Anträgen und Resolutionen ihre Unzufriedenheit mit der Politik ihrer Führung auszudrücken. Die Parteibasis wird in Zukunft dies verstärken.

Auf der Grundlage einer Fehleinschätzung der tatsächlichen Lage geschieht es dann oft, daß Tausende radikalisierte Studenten in den Sumpf kleinbürgerlichen Sektierertums geraten und Jahre brauchen werden, um sich von diesem gefährlichen Gift der Sekten zu befreien.

LEHREN DES SDS

Zunächst einmal müssen wir grundsätzlich aus den Erfahrungen des alten SDS lernen. Der SDS mußte letzten Endes deshalb scheitern und sich in die zahlreichen heutigen Sekten auflösen, weil er unter den starken Einfluß von "neo-linken" Theorien geriet, die sich innerhalb der Linken während des starken wirtschaftlichen Nachkriegsaufschwungs entwickelten.

Marcuse, Adorno, Lefebvre und Mandel lehrten die radikalisierten Studenten, daß der "Neo-Kapitalismus" Wege gefun-

den habe, um alle Krisen in der Zukunft zu vermeiden, und daß die Arbeiterklasse als passiver Konsument in die "Überflußgesellschaft" integriert sei. So schreiben die SDS-Vorbilder die Arbeiterklasse als revolutionäre gesellschaftliche Kraft ganz ab und suchten stattdessen ihre "Helden" in den Führern der Befreiungskämpfe in der Dritten Welt, die sich vor allem auf das Bauerntum stützten. Die konkreten Auswirkungen dieser Theorien waren, daß der SDS die Studenten als Hauptträger der revolutionären Bewegung ansah und sich völlig von der Arbeiterklasse isolierte. Dies war verhängnisvoll.

Aus all diesen Erfahrungen müssen die sozialistischen Studenten die richtigen Konsequenzen ziehen. Die pauschale Denunzierung der SPD-Führer als "Verräter" oder "Sozialfaschisten" ist die verbrecherischste und verkehrteste Konsequenz und kann nur, wie 1932/33, die Arbeiterklasse spalten.

Die Geschichte der SPD zeigt, daß die Führung schon immer die Tendenz gehabt hat, sich von der Basis abzuheben. Sie war materiell stets besser gestellt und hat, das müssen wir offen sagen, in entscheidenden historischen Momenten falsch gehandelt, etwa als sie 1914 die Kriegskredite bewilligte oder als sozialdemokratische Polizeipräsidenten zwischen den beiden Weltkriegen sich unter der Parole "Einer muß der Bluthund sein" zu Polizeiaktionen gegen die Arbeiter hergaben. Es war auch die SPD-Führung, die durch die Bewilligung der Notstandsgesetze 1968 staatliche Gewaltmaßnahmen gegen "politische Streiks" der Gewerkschaften gesetzlich verankerten.

Die heutige sozialistische Studentenbewegung in der BRD muß sich über die Irrtümer des alten SDS im Klaren sein. Wir wollen die Rolle der Studenten nicht unterschätzen. Wenn die sozialistisch orientierten Studenten aber wirklich eine Rolle bei der Erkämpfung des Sozialismus spielen wollen, so müssen sie sich auf der Grundlage eines kämpferischen Aktionsprogramms zusammenschließen, das die Tageskämpfe um bessere Lebensbedingungen mit einer politischen Perspektive verbindet und die führende Rolle der Arbeiterklasse anerkennt. Keinesfalls dürfen wir jedoch der DKP-Ideologie aufsitzen, daß die Arbeiterklasse im Bündnis mit "progressiven" Kapitalisten oder gar Ex-Faschisten (wie in Spanien) siegen könnte. Eine "demokratische" Volksfront hat stets zur Niederlage geführt.

Wenn wir verhindern wollen, daß in den zukünftigen Jahren wieder die Führung einer Arbeiterpartei in entscheidenden Momenten gegen ihre eigene Basis handelt, so müssen wir heute gemeinsam mit der sozialdemokratischen Basis dafür kämpfen, daß kein Funktionär mehr verdienen darf als ein durchschnittlicher Facharbeiter; wir müssen gemeinsam mit den aktiven Gewerkschaftlern und Sozialdemokraten auf der Grundlage eines sozialistischen Programms für eine absolute SPD-Mehrheit kämpfen, so daß die SPD-Führung in einer verschärften wirtschaftlichen Krisensituation gezwungen wird, sich entweder für die breite Bevölkerungsmehrheit oder die kleine Minderheit von Schmarotzern der Kapitalistenklasse zu entscheiden. -hg-

BAADER-MEINHOF UND DIE ARBEITERKLASSE

LAW-AND-ORDER KAMPAGNE 1974

Der Tod des Anarchisten Holger Meins und die Ermordung des West-Berliner Kammergerichtspräsidenten von Drenkmann haben in der bürgerlichen Öffentlichkeit der Bundesrepublik Deutschland zu einer Neuauflage der "Law-and-Order" Kampagne des Frühjahrs 1972 geführt.

Damals hatte der Bundestag unter dem Vorwand des Schutzes des Staates gegen Anarchisten - eine Reihe von Gesetzen zur "inneren Sicherheit" einstimmig passiert. Heute nehmen die Politiker aller Bundestagsparteien die jüngsten Vorgänge wieder zum Anlaß, um eine Hysterie gegen die Linke und eine Verschärfung der Strafgesetzgebung für politische Gefangene durchzusetzen. Das Parlament war sich in einer Sonderdebatte darüber einig, daß sich "alle Demokraten" zusammenschließen müssen, um "Rechtsstaat und Demokratie" zu verteidigen.

Daß das Gerede der Parlamentarier jedoch nichts anderes als Heuchelei ist, zeigt zunächst folgende Tatsache: Die der Baader-Meinhof zugerechneten Personen wurden zumeist im Frühjahr 1972 in Untersuchungshaft gebracht. In einem Rechtsstaat "muß" einem Angeklagten durch ein ordentliches Gericht seine Schuld nachgewiesen werden. Tatsächlich jedoch scheint die bundesdeutsche Justiz davon auszugehen, daß die Inhaftierten bereits schuldig gesprochen sind. Jedenfalls hat sich noch keinen ordentlichen Prozeß auf die Beine gebracht. Weshalb haben hier nicht die elementarsten Grundsätze staatlicher Rechtssprechung Gültigkeit? Weshalb wird hier auf einmal der Rechtsstaat außer Kraft gesetzt?

Was verstehen die Parlamentarier unter Rechtsstaat, wenn sie zur Verteidigung desselben aufrufen?

Wie sahen für die Untersuchungshäftlinge die letzten beiden Jahre aus? Holger Meins wurde in den letzten Monaten vor seinem Tode einer "Sonderbehandlung" unterzogen. Das heißt: eine kleine, kahle schneeweiße Zelle Tag und Nacht, der Wärter stellt die einzige Verbindung zur Außenwelt dar. AMNESTY INTERNATIONAL und die Evangelische Kirche Deutschlands sprachen in diesem Zusammenhang ganz klar von F O L T E R.

In der Tat haben auch andere Beobachter von unmenschlichen Haftbedingungen gesprochen.

Geht es dem bürgerlichen Staat wirklich um den Schutz des 'Bürgers' vor anarchistischen Gewalttätigen mit allen, auch nicht rechtsstaatlichen Mitteln? Die Hysterie der bürgerlichen Organe und Propagandisten drängt den Schluß auf, daß das Volk hier mit Skandalgeschichten über 'kriminelle Banden' gefüttert werden soll, um die Aufmerksamkeit von anderen, noch viel größeren Skandalen abzulenken.

Schon Karl Marx hatte erkannt, daß der Staatsapparat eine bürokratisch-militärische Maschinerie zur Aufrechterhaltung der herrschenden Klasse darstellt.

- Versicherungsmillionär Gerling hat durch den Zusammenbruch der Herstattbank Hunderte von Kölner Kindern, Familien und Wohlfahrtsverbänden um ihre Ersparnisse gebracht - er konnte sich - unangetastet von Polizei und Justiz - als 'freier Bürger' in seine Marmorvilla zurückziehen. Niemand konnte - oder eher 'wollte' - ihn zur Verantwortung ziehen.
- Hohe Nazi-Generäle, die nicht nur ein Kaufhaus in Brand stecken ließen, sondern ganze Städte, sind bis heute auf freiem Fuß.
- Durch Arbeitshetze und die Angst um den Arbeitsplatz bringt die Kapitalistenklasse weit mehr Menschen ins Grab, als je alle Anarchisten erschossen haben: so sank in den letzten 15 Jahren die durchschnittliche Lebenserwartung bei Männern um drei Jahre. Das hat wohl kaum die Baader-Meinhof Gruppe zu verantworten!

Von diesen echten Skandalen im kapitalistischen Alltag erfahren wir aus der bürgerlichen Presse und aus dem Munde der Politiker so gut wie nichts.

MARXISTEN LEHNEN INDIVIDUELLEN TERROR AB

Wenn wir die Baader-Meinhof Anhänger klar gegen die Klassen-Justiz der BRD verteidigen, müssen wir jedoch die Methoden des Anarchismus scharf verurteilen. Eine Politik des individuellen Terrorismus ist unmarxistisch, ultimistisch und arrogant. Anarchisten zweifeln an die Kampfkraft der Arbeiterklasse. Sie meinen, sie könnten durch isolierte bewaffnete Aktionen sich an die Stelle der Arbeiterklasse setzen und in deren Namen den Kampf gegen

die Kapitalistenklasse führen. Wir glauben, daß der Kampf gegen den Kapitalismus nur mit Mobilisierung der Millionen erfolgreich sein kann. Individueller Terrorismus trägt zu diesem Kampf in keiner Weise bei. Er gibt dem bürgerlichen Staat den Vorwand, zur Stärkung des Staatsapparats, zur willkürlichen Verhaftung, Wohnungsdurchsuchungen usw. DIESE MASSNAHMEN WERDEN IN ZUKUNFT GEGEN DIE ARBEITERORGANISATIONEN, STREIKPOSTEN, GASTARBEITER UND STUDENTEN ANGEWENDET WERDEN. Terror ist Ausdruck der politischen Verzweiflung - Marxisten glauben, daß große Klassenkämpfe bevorstehen. Die Befreiung der Arbeiterklasse kann nur durch die Arbeiterklasse selbst erfolgen, nicht durch Banden, Bomben und Brandstiftung. Die Repressivmaßnahmen des Staatsapparats richten sich heute nur gegen eine kleine Schicht. Es wird aber nicht dabei bleiben. Die herrschende Klasse hat in der Geschichte allzu oft gezeigt, daß sie auch zum Mittel der Militärdiktatur und des Faschismus greifen kann, um die gesamte Arbeiterbewegung zu zerschlagen, wenn starke Arbeiterparteien und Gewerkschaften zu Krisenzeiten die Profite der herrschenden Klasse gefährden.

Die alte Sozialdemokratie hat "Rechtsprechung durch das Volk" (Gotha 1875) und "Rechtsprechung durch vom Volk gewählten Richtern" (Erfurt 1891) gefordert. Im Prager Manifest von 1934 forderte der SPD Exil-Vorstand "zur dauernden völligen Entmachtung des besiegten Gegners... Reinigung der Bürokratie... sofortige Umbesetzung aller leitenden Stellen... die Zerschlagung des alten politischen Apparates muß gesichert sein gegen seine bisherigen gesellschaftlichen Träger, das erfordert... sofortige entschädigungslose Enteignung der Schwerindustrie..." Diese "Reinigung der Bürokratie" und "Absicherung der Zerschlagung des alten politischen Apparates ist nach 1945 nicht erfolgt. Daher darf sich niemand darauf verlassen, daß die Staatsapparat im Interesse des Volkes handelt. In der Tradition der alten Sozialdemokratie fordern wir: o Einsetzung einer Untersuchungskommission zu den jüngsten Vorfällen unter der Kontrolle der Gewerkschaften! o Wahl- und Abberufbarkeit aller Richter! o Kein Richter darf mehr als einen durchschnittlichen Arbeiterlohn verdienen! o Kontrolle und ständige Aufsicht der Rechtsprechung durch die Gewerkschaften!



Analyse der Landtagswahlen in Bayern und Hessen

B A Y E R N

H E S S E N

Ein Frankfurter Straßenbahnfahrer :
"Was ich gewählt hab ? Ja NPD . ich wol-
lte aber meine Meinung ausdrücken ."

In einer Juso-AG :
"Viele Kollegen haben sich der Stimme
enthalten - oder aus Trotz sogar CDU
gewählt."

Überschrift eines Wahlpropaganda -
blattes unserer Partei :
"Sozialdemokraten kämpfen um jeden Ar-
beitsplatz - wer denn sonst ?"

Aus einem CDU-Blatt:
"Die CDU setzt Freiheit, Recht und Si-
cherheit der Bürger wieder auf Platz 1."
AfA-Report, Oktober 74 , Nr. 6 :
"Kein Land ist besser dran ."

Sonntag, 27.10.74 - Landtagswahlen
in Hessen und Bayern .

Montag, 28.10. - Bild: "Hessen-Wahl;
Großer Sieg der CDU"

Frankfurter Rundschau: "Unter Frank-
furts SPD-Spitze ist die Stimmung Stau-
nen und Entsetzen."

Wie ein Chamäleon hat die deut-
sche Wirtschaft ihre Farbe geändert und
sich der Umweltsfarbe angepaßt : eine
Farbe der Rezessionserscheinungen, Dro-
hungen von Arbeitslosigkeit und Ge-
brauchsanweisungen des engeren Gürtels,
die die Arbeitnehmer jetzt einige Jahre
tragen sollen.

Auf der Wahlergebniskarte gibt es
auch eine andere Farbe :
"noch mehr Krise sind schwarz geworden"
(F.R. 29.10.74).

Ist es ein Zufall, diese beiden Ent-
wicklungen zugleich ?

Schauen wir uns mal die Wahlergebnis-
se an .

Als die SPD 1972 unter Willy Brandt ihr
Reformprogramm anbot (einen Kampf gegen
Bodenspekulation, eine Politik für
Preisstabilität und wirtschaftliches
Wachstum), nach dem Schock des Barzel-
Versuches, die Regierung Brandt durch
ein Mißtrauensvotum zu stürzen, da ent-
schlossen sich die Arbeiter, trotz ge-
wisser Enttäuschungen der Partei ihre
Solidarität auszudrücken; die Mitglie-
derzahl wuchs und die Wahlbeteiligung
'72 war sogar in Hessen 91,7 % .

Das heißt: für die SPD damals genau
1.697.322 Stimmen. In der Landtagswahl
1974 waren es 1.389.995 - wo gingen die
anderen 307 327 Stimmen hin ? Von der
Presse kriegt man den Eindruck, zur CDU.
Wieviele Stimmen hat diese Partei ei-
gentlich erhalten ? 1972 waren es
1.409.771 ; 1974 1.524.179 Stimmen, das
bedeutet eine Steigerung um 114.408.
Wo sind die anderen geblieben ?

- Zuwachs der NPD:
Von 19.767(72) auf 32.615(74)
d.h. Steigerung um + 12.848
- Zuwachs der DKP:
Von 13.214(72) auf 28.626(74)
d.h. Steigerung um + 15.352

Zur FDP gingen sie auch nicht :
1972: 355.558 Stimmen
1974: 238.265 Stimmen , d.h.
Verlust von 117.293 Stimmen.

Also sind irgendwie 150.000 Stim-
men zu Hause geblieben, die der SPD '72
gehörten. Die FR selbst bietet eine Lö-
sung des Problems an:

"Aus den Infas-Analysen geht jeden-
falls für Hessen eindeutig hervor, daß
die SPD unter einer schwachen Wahlbe-
teiligung erheblich zu leiden hatte."

Die NPD hat an Stimmenanteil seit der
Wahl 1970 erheblich abgenommen - damals
waren es 94.531 Stimmen. Allerdings ha-
ben viele ehemalige NPD-Wähler dieses
Mal CDU gewählt.

In den Bayerischen Landtagswahlen blieb
die CSU an der Spitze - ihre Stimmenzahl
wuchs in 4 Jahren von 6.344.599 (1970)
auf 6.997.792 (1974) , d.h. um über
300.000 Stimmen-- mal 2 natürlich.
Doch die NPD und Bayernpartei haben
sicher dazu beigetragen, indem die NPD
von 325.646 auf 127.447 runterkam und
die BP von 147.387 auf 87.159. Die SPD
mußte sich damit abfinden zu sehen, wie
ihr Stimmenanteil von 3.742.760 auf
3.408.129 sank.

Doch gerade in Bayern ist es wich-
tig zu merken, daß die SPD sich auf
dem Lande behaupten konnte. In Hessen
erzielte die SPD ihre vergleichsweise
"höchsten Stimmenanteile in den länd-
lichen Wahlkreisen, ihre niedrigsten
in den städtischen Dienstleistungs-
zentren." (FR).

Besorgniserregend jedoch ist in
Bayern die Zahl von 220.000 Jungwäh-
ler, die sich zur CSU bekannten.

Die SPD hat in den Städten, früher
unbestrittene sozialdemokratische Dom-
änen, viele Stimmen einbüßen müssen.
Daß die SPD gerade da verloren hat, auch
in Städten, wo sie keine regierende Par-
tei war, läßt vermuten, daß die SPD auf
bundespolitischer Ebene nach Meinung
der Wähler versagt hat. Und eben in den
Städten befinden sich die großen Be-
triebe mit ihrer wachsenden Arbeitslo-
sigkeit. Die konjunkturelle Lage wirkt
sich in den Städten besonders stark
aus, wo die Arbeiter am stärksten
konzentriert und organisiert sind.

Die SPD verlor 10% ihrer Wähler von
'70, 30% ihrer Wähler von '72. November
'72 konnte freilich die SPD Teile der
Mittelschichten erstmals mobilisieren;
diese Wähler sind aber jetzt wieder
zur CSU abgewandert.

Die Hoffnungen vom November 1972 sind
durch die Unfähigkeit der SPD-Führung,
einen sozialistischen Ausweg aus der
Krise zu bieten, jetzt endgültig ent-
täuscht. Auf diesem Weg erwarten uns
nur weitere Wahlverluste. Jedes SPD-
Mitglied muß jetzt - mit Voran! - in
seinem Ortsverein Anträge bringen, die
einen Bruch mit der kapitalistischen
Politik der Regierung fordern und ein
sozialistisches Kampfprogramm bietet. ●

Griechenland

Andreas Papandreou , wie vorher sein Va-
ter, forderte die Säuberung der Staatsma-
schine. Die Massen der Arbeiter und Bauern
in Griechenland fürchten immer noch die
Rückkehr der Panzer. Nur eine Mobilisie-
rung der Massen auf der Basis eines sozia-
listischen Programms kann das in der Zu-
kunft verhindern. Die Politik der Volks-
front, "aller demokratischen und antifa-
schistischen Kräfte", also die Politik der
KP wie in Chile und jetzt in Portugal ist
in der Tat eine Politik der Klassenkolla-
boration und führt nur zum Desaster. Die
Massen wissen aus ihren bitteren Erfah-
rungen, daß das bloße Versprechen einer so-
zialistischen Zukunft keine Verteidigung
vor der Reaktion ist.

Im Gegenteil.

Keine privilegierte Gruppe gibt einfach
auf, ohne für die eigenen Interessen zu
kämpfen. "PASOK" und die "Vereinigte Lin-
ke" werden bestimmt die Massentendenzen
in der Arbeiterbewegung sein. Inzwischen,
auf der Basis der Ereignisse der letz-
ten 10 Jahre, zögern die Massen, ihre Un-
terstützung Parteien zu geben, deren Füh-

rer in der Vergangenheit den Mut nicht
fassen wollten, sie gegen die Reaktion zu
mobilisieren.

ORGANISIERT GEGEN DIE REAKTION !!!

Ein deutlicher Aufruf an ihre Brüder
in der Armee, die aus Hunderttausenden von
Arbeitern und Bauern besteht, Soldatenkomitees
aufzubauen, mit garantierter Wahl der
Offiziere durch die Soldaten selbst, würde
die Unterstützung der großen Massen der
Arbeiter und Bauern Griechenlands finden,
und zeigen, daß ihre Führer bereit sind,
aktiv gegen die Reaktion zu handeln.

Es sollte für Sozialisten eine elementare
Tatsache sein, daß die Karamanlis-Regierung,
und zwar jede Regierung von kapitalisti-
schen Politikern, Interessen hat, die un-
versöhnlich denen der Arbeiter entgegenge-
setzt sind.

Ganz kalt ist, daß Karamanlis' Wahlsieg
nur ein Sieg des Moments ist. "Es ist
verwirrend, daß das gleiche Volk , das
vor nur einer Woche den politischen und
wirtschaftlichen 'Stabilitätskurs' eines
konservativen Politikers wie Karamanlis
eine Mehrheit von 55 Prozent der Stimmen
gab, am gestrigen Sonntag zu Hunderttau-
senden dem Ruf der 'revolutionären' Stu-
denten folgte und bei einer Volksdemon-
stration durch die Hauptstraßen von Athen

.....marschierte." . (Frankfurter Rund-
schau 25.11.74).

In den kommenden Monaten wird sich das
wahre Gesicht von Karamanlis und das des
griechischen Kapitalismus noch einmal zei-
gen, indem versucht werden wird, die Kri-
se des griechischen Kapitalismus auf die
Rücken der griechischen Arbeiter abzuwäl-
zen und auf ihre Kosten zu lösen .

Eine wirkliche Arbeiterführung würde von
Anfang an die Lügen von "Einheit" zwischen
den Arbeitern und den Interessen, die
Karamanlis und Co. vertreten, entlarven.
In der Krise des griechischen Kapitalis-
mus gibt es keinen Weg voran für die Mas-
sen, ohne daß man ganz mit diesem System
bricht.

Aber die einzige Lösung für die
griechischen Arbeiter- und zwar alle Ar-
beiter - ist ein Ende dem System zu berei-
ten. Die Forderungen der griechischen Ar-
beiterbewegung müssen umfassen:

- o Kein Vertrauen in eine kapitalisti-
sche Regierung !
- o Verstaatlichung der Großkonzerne un-
ter Arbeiterkontrolle mit minimaler
Entschädigung der bisherigen Besitzer
- o Das Land den Bauern !
- o Soldatenkomitees, Wahl der Offiziere
durch die Soldaten !
- o FÜR EIN SOZIALISTISCHES GRIECHENLAND !

--KB-- ●

Impressum

Jahrgang II. Nummer 7.
Erscheint 1975 monatlich
Verantwortlich im Sinne des Presserechts
H.Thielmann, 5 Köln 30.
Redaktionsanschrift:

VORAN ZUR SOZIALISTISCHEN DEMOKRATIE !
46 DORTMUND 1, Postlagerkarte A 056998.

Bankverbindung: Postscheckamt Köln,
Konto Nummer 1801 - 68 - 500

dein erstes exemplar ? abonniere !

- Einzelabonnement: DM 6,30 frei Haus 6 Ausg.
- Sammelabonnement: Stückpreis DM 0,50 ab 5 Ex.
zuzüglich Portokosten + Bearbeitungsgebühr .

Ich habe die Summe von _____ auf das
Konto Nr 1801 - 68 - 500 Postscheckamt Köln
überwiesen. Bitte schickt mir regelmäßig
Exemplar(e).

NAME:

ADRESSE: